

David Stark

---

## Nicht nach Design: Rekombiniertes Eigentum im osteuropäischen Kapitalismus

### 1. Eine Wissenschaft von der Transition nach einem Jahrhundert des Übergangs

Wie kann die Mainstream-Ökonomie die bedeutsame Transformation in Osteuropa erklären, wenn sie keine Theorie des Wandels besitzt? Die Antwort bestand und besteht darin, daß sie sich die *Übergangs-Problematik* unverhohlen von der Soziologie ausborgt, von jener Disziplin, die um die Jahrhundertwende herum durch die Erforschung von Übergängen begründet wurde - des Übergangs von der Tradition zur Moderne, von der Gemeinschaft zur Gesellschaft, von der ländlichen zu städtischen Gesellschaft, vom Feudalismus zum Kapitalismus, oder von der mechanischen zur organischen Solidarität. Die Begründer der Soziologie diagnostizieren die Krise der europäischen Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts als normatives und institutionelles Vakuum. Der Zerfall der traditionellen Strukturen hatte, wie Durkheim schrieb, »alle älteren Organisationsformen hinweggefegt. Sie verschwanden eine nach der anderen entweder durch langsamen Verschleiß in der Zeit oder durch große Störungen, fanden aber keinen Ersatz.«<sup>1</sup>

An unserem eigenen *fin de siècle* läßt nicht der Zerfall traditioneller Strukturen, sondern der Zusammenbruch des Kommunismus die Übergangs-Problematik wiederaufleben. Während Durkheim in der Soziologie die Wissenschaft von der Moral erblickte, die die Gesellschaft aus dem »Stadium der Geistesverwirrung« zu einer stabilen sittlichen Ordnung geleiten könne, ist sie heute die Wissenschaft der Wahlhandlung, die die Ökonomien Osteuropas durch den Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus geleiten wird. Der Unterschied zwischen der Transition, die das Jahrhundert er-

---

1 Durkheim 1897: 446. Loic Wacquants (1993, 4) Resumée der Durkheimschen Diagnose ist besonders treffend: »Wegen der extremen Geschwindigkeit, mit der sich die zur Herkunft der modernen Gesellschaft gehörenden Transformationen ereigneten, war eine gefährliche 'sittliche Lücke' aufgetaucht: Während das alte Normensystem der Vergangenheit hinfällig geworden war, hatte sich dasjenige, das zu der neuen Verfassung des kollektiven Lebens paßte, *noch* nicht ausreichend entwickelt«.

öffnete, und der Transition, die es beschließt, besteht natürlich darin, daß wir diesmal, nach beinahe einem Jahrhundert an Erfahrung, nicht mehr von der Unkenntnis des Ausgangs belastet sind. Gewappnet mit dem Wissen um den Bestimmungsort, ermöglicht die Ehe zwischen Ökonomie und Übergangs-Problematik eine echte Wissenschaft von der Transition.

Dieser Aufsatz geht von der Voraussetzung aus, daß das Übergangs-Konzept das größte Hindernis für das Verständnis des Wandels im gegenwärtigen Osteuropa ist. Als Wissenschaft vom »Noch nicht« ist die »Transitologie« weithin durch ihre technischen Anwendungen bekannt: durch Projekte, Wegskizzen, Rezepte, Therapien, Formeln und Marschbefehle dafür, wie man in sechs oder sechzig Schritten vom Sozialismus zum Kapitalismus kommt (Sachs 1989; Peck/Richardson 1992). Aber abseits vom Glanz der Publicity sind die Theoretiker dieser Wissenschaft am Werk. Unbesorgt um die praktischen Probleme des »Wie von hier nach dort?«, entwickeln sie eine Art von sozialer Embryologie für die systematische Analyse dessen, was eintreten sollte (Nee 1989, 1993). Die theoretische und die angewandte Seite teilen eine untergründige Teleologie, in der Konzepte ihre Schubkraft aus hypothetischen Endstadien beziehen. Wie in allen Versionen der Modernisierungstheorie beginnt die »Transitologie« mit einer Zukunft, die nicht nur erwünscht, sondern auch schon bekannt ist. Das Ziel ist bereits ausersehen: Westeuropa und Nordamerika halten das Bild der osteuropäischen Zukunft in den Händen.

Auch wenn sie mit der Zukunft beginnt, schweigt die Transitologie nicht zur Vergangenheit und Gegenwart, denn diese Wissenschaft verfügt über eine eigene Geschichtsphilosophie: Der Übergang einer Gesellschaft vollzieht sich als Durchschreiten des Grenzstadiums zwischen einer Sozialordnung zu einer anderen, wobei beide als je stabiles, nach einer kohärenten und mehr oder minder einheitlichen Logik organisiertes Gleichgewicht aufgefasst werden. Eine solche Sicht überzeichnet die Kohärenz der sozialen Formen sowohl vor als auch nach dem hypothetischen Übergang; und umgekehrt übertreibt sie den Grad der sozialen Desorganisation in der angenommenen Grenzperiode eines »institutionellen Vakuums«.

Mit einer solchen Sicht auf die Übergangs-Problematik stimmen zahlreiche osteuropäische Forschungen nicht überein. Sie dokumentieren vielmehr parallele und einander widersprechende Logiken, mit denen gewöhnliche Bürger schon in dem Jahrzehnt vor 1989 ihre Erfahrungen sammelten, in einer sozialen Welt, deren verschiedene Bereiche durchaus nicht kohärent integriert waren (Gábor 1979, 1986; Stark 1989; Mirody 1992). Mithilfe statistischer Erhebungen und ethnographischer Studien haben Forscher eine Vielzahl von sozialen Beziehungen identifiziert, die nicht den offiziell vorgeschriebenen hierarchischen Mustern entsprachen. Diese auf Gegen-

seitigkeit und marktähnlichen Transaktionen beruhenden Beziehungen waren sowohl im sozialistischen Sektor als auch in der »zweiten Wirtschaft« verbreitet; sie ergaben sich aus den Widersprüchen des Versuchs, eine gesamte Volkswirtschaft »wissenschaftlich zu leiten«. Auf der untersten Betriebsebene führten Knappheiten und Material-Engpässe zum Feilschen zwischen Vorgesetzten und informellen Gruppen. Auf Direktionsebene verlangte die Planerfüllung ein dichtes Netz informeller Querverbindungen zu Betrieben und lokalen Organisationen. Die allokativen Verzerrungen der zentralen Planung schufen stets erneut die Bedingungen für eine vorwiegend nebenberufliche Unternehmertätigkeit in der »zweiten Wirtschaft«, die es überall in der Region in unterschiedlichem Ausmaß, Verbindungsgrad und Legalitätsstatus gab.

Die Existenz von - wie immer widerspruchsvollen und fragmentarischen - Parallelstrukturen in den informellen und zwischenbetrieblichen Netzen bedeutet, daß wir statt eines institutionellen Vakuums Routinen und Praktiken, Organisationsformen und soziale Bindungen vorfinden, die zu Aktivposten, zu Ressourcen und zur Basis glaubwürdiger Verpflichtungen und koordinierter Handlungsweisen werden können.<sup>2</sup> Kurz gesagt stoßen wir anstelle der in der Übergangs-Problematik erwarteten Desorientierung auf eine Metamorphose halblegaler Organisationsformen und auf die Aktivierung bereits bestehender Netzwerke.

Während der 80er Jahre waren die Gesellschaften Osteuropas sicherlich keine nach einer einzigen Logik organisierten Systeme; ebensowenig ist zu erwarten, daß sie, mehr oder weniger wie unsere, zu Gesellschaften mit einer einzigen Systemidentität werden. Eine moderne Gesellschaft ist keine einheitliche Sozialordnung, sondern besteht aus einer Vielzahl von Ordnungen, einer Pluralität von Ordnungsprinzipien, nach denen Übereinstimmung erreicht wird, einer Polyphonie von Arbeits-, Wert- und Gerechtigkeitsauffassungen. Wandel, selbst ein fundamentaler Wandel der sozialen Welt, bedeutet nicht den Übergang von einer Ordnung zu einer anderen, sondern läuft auf Umstellungen in den Mustern hinaus, nach denen diese Ordnungen verwoben sind.<sup>3</sup>

---

2 Zur Bedeutung von Routine und Habitus s. Bourdieu (1990) und Nelson/Winter (1982).

3 Während die Mainstream-Ökonomen den Zusammenbruch als Anordnung für die kühnen Initiativen eines Designer-Kapitalismus sehen, führt das institutionelle Vakuum nach Ansicht vieler Politologen zur Lähmung oder gar zum Chaos. Für letztere läßt der Zusammenbruch des Parteistaates diese Gesellschaften »ohne Institutionen und ohne ein System (zurück) ... Was wir heute in Osteuropa finden, ist ein institutionelles Vakuum. Die Logik des Staatssozialismus bestand darin, der Partei das Zentralnervensystem zu überlassen. Sie war *die* Institution und gab allen anderen Nebeninstitutionen Leben, Logik und Funktionen. Als die Hegemonie der Kommunistischen Partei starb, starben auch die Institutionen und damit Rollen und Regeln« (Bunce und Csanadi 1992: 14). Zwar überleben Fragmente der alten sozialistischen Ordnung - neben neuen Elementen, die einer anderen Lo-

Daher untersuchen wir nicht eine *Transition*, sondern eine *Transformation*, in der die Einführung neuer Elemente in aller Regel mit Adaptionen, Umstellungen, Permutationen und Rekonfigurationen von bestehenden Organisationsformen einhergeht. Statt eines *institutionellen Vakuums* untersuchen wir *institutionelle Hinterlassenschaften* und hinterfragen dabei die Metapher des Zusammenbruchs danach, ob Unterschiede des Auseinanderfallens nicht auch Folgen für den Wiederaufbau neuer Institutionen haben.

Anstatt Länder fallweise daraufhin zu untersuchen, wie weit sie einem vorgegebenen Modell entsprechen oder von ihm abweichen, sehen wir qualitative Unterschiede und fragen danach, wie unterschiedliche Wege der Befreiung vom Staatssozialismus unterschiedliche Möglichkeiten der Transformation eröffnen. Statt *auf den Trümmern* des Kommunismus *tabula rasa* zu machen, untersuchen wir, wie Akteure an bestimmten Orten und in bestimmten Umgebungen *mit den Trümmern* des Kommunismus Organisationen und Institutionen neu aufbauen. Statt Lähmung und Desorientierung sollten wir uns auf Akteure einstellen, die schon gewohnt sind, die Zweideutigkeit widerspruchsvoller sozialer Formen auszutarieren, sich mit neuen Ungewißheiten auseinandersetzen und vor dem Hintergrund eingelebter Routinen zu improvisieren. Statt großartiger architektonischer und sozialtechnologischer Entwürfe für einen Designer-Kapitalismus untersuchen wir ein transformierendes Basteln. Vor allem aber begreifen wir die institutionelle oder organisatorische Innovation nicht als *Ersatz*, sondern als Rekonfigurationen und Rearrangements von bestehenden institutionellen Elementen. Kurz, wir fassen die organisatorische Innovation als *Rekombination*.

Um in einer sich rasch wandelnden Umwelt zu überleben, definieren die Akteure die Ressourcen neu, um sie dann zu rekombinieren. Zu diesen Ressourcen gehören Organisationsformen (die in andere Bereiche hinüberwandern können), habitualisierte Praktiken und offizielle oder informelle soziale Bindungen. So wird die Transformation eher nach innovativen Anpassungen, die anscheinend unstimmige Elemente kombinieren - nach Bastelei -, als nach architektonischem Design aussehen. In dieser Perspektive sind die Akteure weniger durch den Standpunkt »des Systems«, als durch die Not ihrer praktischen Lage motiviert. Statt eine Zukunft auszuersuchen, die die Gegenwart prägt, sollten wir untersuchen, wie die Zukunft vom nüchternen Sinn für die Gegenwart geprägt wird. Dieser nüch-

---

gik folgen. Aber weil die aus zwei stabilen Systeme entnommenen Elemente einander widersprechen, ist der Postkommunismus ein »Nicht-System«. In einer irrationalen Umgebung »ohne Muster« wird die Kategorie Interessen bedeutungslos. »[D]ie Unmöglichkeit, irgendwelche rationalen Voraussagen über die Folgen von Verhalten und Entscheidungen zu machen, bedeutet, daß echt strategisches Verhalten unmöglich ist« (ebd., 16).

terne Sinn für überlebenswichtige Ressourcen mag zu Privateigentum und Wettbewerbsmärkten führen. Wahrscheinlicher aber wird er die Eigentums Grenzen zweideutiger machen und neue, weder marktartige noch hierarchische Formen der Koordination erzeugen.

## 2. Die Transformation des Eigentums in Ungarn: der politische Streit

Aus dieser Perspektive der Transformation als einer Rekombination läßt sich nun die Frage angehen, die im Mittelpunkt der gegenwärtig in den osteuropäischen Gesellschaften und in der früheren Sowjetunion geführten Debatten steht: Mit welchen Mitteln kann das Privateigentum zur typischen Eigentumsform in Ökonomien werden, in denen ein staatliches Eigentum an produktiven Vermögenswerten vorherrscht?

Die Debatte darum läßt sich im Großen und Ganzen zwei fundamentalen politischen Strategien zuordnen. Der ersten Strategie zufolge läßt sich die Institutionalisierung des Privateigentums am besten erreichen, indem die Aktiva aus öffentlichem in privaten Besitz überführt werden. Trotz Unterschieden in den spezifischen Methoden solcher Privatisierungen (z.B. Verkauf vs. freie Verteilung usw.) teilen die verschiedenen Vorschläge zu dieser radikalen oder konstruktivistischen Perspektive die Annahme, daß die Schaffung eines privaten Sektors mit den bestehenden staatseigenen Unternehmen beginnt. Das heißt, daß die organisatorischen Grundeinheiten der entstehenden Marktwirtschaft die bereits bestehenden, aber neuerdings privatisierten Unternehmen sein werden.

Die andere politische Strategie argumentiert aus der Sicht der institutionellen (insbesondere der evolutionären) Ökonomie dahingehend, daß der zwar langsamere aber verlässlichere Weg, Privateigentum zu institutionalisieren, in der Entwicklung einer Klasse von Privateigentümern besteht. Statt die Aktiva einer gegebenen Organisationseinheit aus einer Eigentumsform in eine andere überzuführen, sollte die Politik die Hürden für die Eröffnung genuin privater Klein- und Mittelbetriebe abbauen. Statt sich auf die bestehenden staatseigenen Unternehmen zu konzentrieren, erblickt diese Perspektive in der Regel in den bereits vorhandenen Unternehmern der zweiten Wirtschaft den organisatorischen Grundbaustein einer entstehenden Marktwirtschaft.

Jüngeren Hinweisen zufolge übernimmt Ungarn weder den *big-bang*-Ansatz noch die politischen Empfehlungen der evolutionären Ökonomie.<sup>4</sup> Entgegen den optimistischen Szenarien einheimischer Politiker und westlicher Ökonomen, die eine rasche Überführung staatseigener Unter-

---

4 Diese Terminologie ist von Murrell 1990 übernommen.

nehmensanteile in Privatbesitz vorsahen, ist der bei weitem überwiegende Teil der ungarischen Wirtschaft noch in staatlicher Hand. Zwei Jahre, nachdem Ministerpräsident Jozsef Antall zuversichtlich angekündigt hatte, seine neue Regierung werde mehr als 50% des Staatseigentums bis 1995 privatisieren, schätzt der Direktor des Forschungsinstituts für Privatisierung beim Amt für Staatseigentum, daß dies nur mit etwa 3% des staats-eigenen produktiven Kapitals geschehen ist (Mellár 1992).

Entgegen den Erwartungen vieler Beobachter, die neue Regierung werde Neugründungen in einem dynamischen, auf den quasi-unternehmerischen Erfahrungen von Produzenten der »zweiten Wirtschaft« fußenden Privatsektor fördern, sind die Daten über Ungarns Privatwirtschaft ähnlich entmutigend. Obwohl die Anzahl eingetragener Privatbetriebe steil angestiegen ist, mahnen ungarische Forscher zu Vorsicht bei der Interpretation der Zahlen. Manche Firmen existieren nur in den gerichtlichen Registern und haben nie ein Einkommen produziert, und eine signifikante Anzahl besteht aus Schein-Firmen, die von Intellektuellen und Fachleuten gegründet wurden, damit sie Ausgaben wie Wohnungsmiete, Telefon- und Heizungskosten abschreiben konnten (Laky 1992). Zahlreiche Belege sprechen dafür, daß die zweite Wirtschaft nicht zu einem dynamischen, legitimen Privatsektor geworden ist: Viele Unternehmer (in manchen Gruppen die Mehrzahl) betreiben Privatgeschäfte weiterhin nur als Zweitjob (Laky 1992; Gábor 1992); Steuerhinterziehung ist sehr weit verbreitet; und obwohl die Beschäftigung in diesem Sektor langsam wächst, stimmen die meisten Forscher darin überein, daß der Anteil der Schwarzarbeit (für die der Staat keine Sozialversicherungsbeiträge und der Angestellte keine Leistungen erhält) schneller ansteigt (siehe Kornai 1992: 13).<sup>5</sup>

- 5 Diese Beobachtungen ungarischer Forscher mahnen zur Skepsis gegenüber den (zunehmend aufgeregt und kurzatmig vorgetragenen) selbstgewissen Behauptungen, vom Typ: »x Prozent des BIP Polens (oder Ungarns, Rußlands oder der Tschechischen Republik) werden jetzt im Privatsektor erzeugt.« Siehe z.B. den Sonderteil in *The Economist*, March 13, 1993. Solche Statements wirken kühn, wenn man die dürftige Aussagekraft derartiger Statistiken im gegenwärtigen Osteuropa bedenkt, wo die Ämter für Statistik vor enormen technischen Problemen stehen. Zum Beispiel ist selbst die Konstruktion eines so elementaren Instruments wie einer repräsentativen Stichprobe (den Teil zu finden, der für das Ganze steht) dort erschwert, wo die Umrisse der Wirtschaft noch unbekannt sind. Zu den Meßproblemen kommen noch politische Pressionen hinzu, die darauf drängen, eine mehr und mehr zunehmende Aktivität des »Privatsektors« zu dokumentieren, damit die Regierung vor internationalen Kreditinstitutionen, potentiellen ausländischen Investoren und den Wählern im Inland besser dasteht. Der Wettlauf zwischen Ungarn, Polen und der Tschechischen Republik darum, dem IWF die erfolgreichste Statistik zum Privatsektor zu präsentieren, erinnert natürlich an ein früheres Rennen in der Periode des »Aufbaus des Sozialismus« (speziell unmittelbar nach dem Ausschluß von Titos Jugoslawien aus dem Kominform), bei dem die Parteien und Regierungen dieser Länder darum wetteiferten, den höchsten Anteil an kollektiviertem oder staatlichem Eigentum in ihren nationalen Statistiken auszuweisen. Tatsächlich ist es in Budapest ein offenes Geheimnis, daß hohe Re-

Angesichts dieser Tendenzen und angesichts neuer Formen von Korruption, Erpressung und Ausbeutung sah sich ein Forscher veranlaßt, vom Übergang »von der zweiten Wirtschaft zur informellen Wirtschaft« zu sprechen, und argumentierte dahingehend, daß die ungarische Situation unter diesen Bedingungen eher mit lateinamerikanischen Verhältnissen zu vergleichen sei (Sik 1992).<sup>6</sup> Wenn Privatunternehmer die Regierungspolitik betrachten, sehen sie nur drückende Steuern, Geldmangel, faktisch keine Förderungsprogramme für die regionale oder lokale Entwicklung und hemmungslos verschleppte Zahlungen für die Lieferungen an Firmen des öffentlichen Sektors (s. Webster 1992; Kornai 1992). Durch Verstöße gegen Steuervorschriften, Lohnzahlungen ohne Buchführung und die Unfähigkeit oder Unwilligkeit zu Kapitalinvestitionen (Gábor 1992) erwidern weite Bereiche des Privatsektor Gleiches mit Gleichem. Sowohl die Regierungspolitik als auch die Reaktion des Privatsektors sind sicherlich kein Rezept zur Entwicklung eines legitimen Privatsektors, der als Wachstumsmotor fungieren könnte.

### 3. Rekombiniertes Eigentum

Zweifellos aber vollziehen sich in Ungarn signifikante Transformationen des Eigentums - wenn auch nicht gemäß den politischen Empfehlungen der *big-bang* oder der evolutionären Ökonomie. Die Akteure im ehemals formell staatlichen Sektor - d.h. im Bereich der großen öffentlichen Unternehmen - warten nicht ab, bis die Ökonomen oder die Politiker den Streit darüber entschieden haben, ob das Anlagevermögen zu transferieren oder aber ob Privateigentümer zu fördern seien. Statt abzuwarten, modifizieren und transformieren sie die Eigentumsbeziehungen auf der Unternehmensebene. Im Resultat entstehen allerdings weder wohldefinierte Privateigentumstitel, noch werden alte Formen des Staatseigentums einfach kontiniert oder reproduziert. Die Eigentumsformen, die sich daraus ergeben, sind nicht bloße Mischungen von »öffentlichem« und »privatem«, sondern Formen, in denen diese Kategorien aufgelöst und miteinander verwoben sind. Aus diesen

---

gierungsbeamte auf diverse statistische Bereinigungen gedrängt haben, nachdem sie von internationalen Konferenzen zurückgekehrt waren, auf denen polnische Amtsträger voller Stolz Ziffern vorgelegt hatten, denen zufolge die Ungarn nicht mehr das Gelbe Trikot für den Spitzenplatz im statistischen Rennen zum Kapitalismus verdienten.

- 6 Ein Großteil der gängigen Literatur zum »Privatsektor« in Ostmitteleuropa geht davon aus, daß alle Formen von Wirtschaftstätigkeit außerhalb »des öffentlichen Sektors« zum Privatsektor gerechnet werden sollten. Sollten jedoch unsere Kriterien für den privaten Sektor wirklich so weitgefaßt sein, daß sie den primitiven Handel mit Haushaltsartikeln auf den »Polenmärkten« einschließen, die man in der gesamten Region an Straßenecken, in Baulücken und unter Brücken antreffen kann?

Gründen rede ich nicht von einem gemischten, hybriden oder Zwischen-Eigentum, sondern von einem *rekombinierten Eigentum*.

### 1. Satellitengesellschaften.

Seit 1989 gab es eine Explosion neuer ökonomischer Einheiten in Ungarn. In Tabelle 1 sehen wir, daß:

- die Anzahl der Staatsunternehmen von 1988 bis Mitte 1993 um etwa 40% gesunken ist;
- die Anzahl der Holding-Gesellschaften (RT) dramatisch auf das Zwanzigfache (von 116 auf mehr als 2.021) gestiegen ist;
- die Anzahl der Gesellschaften mit beschränkter Haftung (KFT) um mehr als das Hundertfache von nur 450 Einheiten 1988 auf mehr als 67.000 Mitte 1993 zugenommen hat.<sup>7</sup>

*Tabelle 1: Hauptsächliche Unternehmensformen in Ungarn 1988-1992*

Organisationsform	1988	1989	1990	1991	1992	1993 (Juni)
Staatsunternehmen	2.378	2.400	2.363	2.233	1.733	1.439
Aktiengesellschaften (RT)	116	307	646	1.072	1.712	2.021
GmbHs (KFT)	450	4.484	18.317	41.206	57.262	65.001

Quelle: Hungarian Central Statistical Office, *Statistical Yearbook and Monthly Bulletin of Statistics*, 1993/7.

Tabelle 1 zeigt deutlich, wie plötzlich neue Einheiten in der ungarischen Wirtschaft hervorsprießen. Bietet die Tabelle nun aber ein verlässliches Abbild der Eigentumsbeziehungen im gegenwärtigen Ungarn? Nein, zumindest solange nicht, wie die Daten in das dichotome Schema von öffentlich/privat gezwängt werden, das die Diskussion über die Transformation des Eigentums in den postsozialistischen Ländern strukturiert.

Nehmen wir zunächst die Form mit dem dramatischsten Wachstum, die neugegründeten Gesellschaften mit beschränkter Haftung (KFT). Einige dieser KFT sind genuin private Unternehmerbetriebe. Aber viele dieser

7 Tabelle 1 enthält nur geschäftliche Organisationen mit dem Status juristischer Personen. Nicht einbezogen sind Einheiten, die keine Körperschaften sind, gleich ob bei den Behörden eingetragen oder nicht.

Einheiten unterscheiden sich nicht vollständig von den öffentlichen Unternehmen auf Zeile 1 der Tabelle. Tatsächlich waren die vormals sozialistischen Betriebe aktive Gründer und fungieren auch weiterhin als Eigner der neu eingetragenen Einheiten.

Grundlegend für diese Transformation des Eigentums ist eine *dezentralisierte Reorganisation*: Unter dem Druck enormer Schulden, schwindender Absätze, am Rande des Bankrotts oder (bei besser gestellten Unternehmen) um Übernahmen zu vermeiden und mehr Unabhängigkeit von den Ministerien zu erreichen, nutzen die Direktoren vieler großer öffentlicher Unternehmen einige wichtige Rechtsbestimmungen, die den Staatsunternehmen erlauben, Aktiengesellschaften (RTs) und Gesellschaften mit beschränkter Haftung (KFTs) zu gründen. In den typischen Fällen zerlegen die Manager dieser Unternehmen die Organisation (entlang von Teilunternehmen, Fabriken, Werksabteilungen oder gar Werkstätten) in zahlreiche Gesellschaften. Es ist nicht ungewöhnlich, so gut wie alle Aktiva eines öffentlichen Großunternehmens auf 15-20 derartige Satelliten verteilt zu finden, die um die Konzernzentrale kreisen.<sup>8</sup>

Als neue Körperschaften mit juristischer Identität sind diese neuen Einheiten nominell unabhängig - separat eingetragen, mit eigenem Verwaltungsrat und separater Bilanz. Aber bei näherer Prüfung erweist sich ihr tatsächlicher Status als halbautonom. Eine Untersuchung der rechnergestützten Datei des Budapester Handelsgerichts zeigt z.B., daß die mit Stimmrecht ausgestatteten Aktien dieser Satellitengesellschaften gewöhnlich bei den öffentlichen Unternehmen selbst liegen (Stark 1992a).

Eigentumsanteile an diesen Satellitenorganisationen hält jedoch nicht nur das Gründerunternehmen. In den Teilhaberverzeichnissen sind Spitzenmanager und Leitungskräfte, Fachleute und anderes Personal zu finden. Beim typischen Muster des gemischten Eigentums entfällt der Aktienbesitz neben diesen Privatpersonen auf andere Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung - manchmal auf andere KFTs, die auf

---

8 In der hier skizzierten laufenden Untersuchung analysiere ich diese neue Organisationsform durch Feldforschungen in fünf ungarischen Unternehmen, in denen die Form des rekombinierten Eigentums vorherrscht. Diese Firmen - zwei davon fielen zu Beginn der Transformation unter die zehn größten Unternehmen in Ungarn - gehören zum Kern der ungarischen Wirtschaft (Metallurgie, Gummi, Kunststoff, verarbeitende Industrie, Maschinenbau und Projektierung). Meine Bekanntschaft mit diesen Firmen ist älteren Datums als die laufende Studie, da ich bereits früher Feldforschungen zur organisatorischen Innovationen in diesen Betrieben (in vier von den fünf ab 1984) durchgeführt habe (Stark 1986, 1989, 1990). Das Projekt hat somit eine charakteristische Längsschnitt-Komponente, so daß die jeweilige Organisationsgeschichte nicht *post factum* rekonstruiert zu werden braucht. Drei der fünf Firmen wurden im Juni 1992 in Zusammenarbeit mit László Neumann vom Institut zum Studium der Arbeit, Budapest, untersucht. Weitere Forschungen werden 1993/94 folgen.

ähnlicher Bahn um dasselbe Unternehmen kreisen, öfter jedoch auf Aktiengesellschaften oder KFTs, die sich um ein anderes Unternehmen drehen, aber als Lieferanten oder Abnehmer in Beziehung zu der Gesellschaftseinheit stehen (Voszka 1990, 1991a; Stark 1992). Die wichtigsten auswärtigen Eigner sind Banken. Oft wird die Gründung von KFTs und anderen Körperschaftsformen durch Verschuldung des Unternehmens ausgelöst, und bei der Reorganisation tauschen die Gläubiger - Kommerzbanken (die als Aktiengesellschaften noch überwiegend dem Hauptaktionär Staat gehören) oder andere (auch staatseigen) Kreditanstalten - die Schulden gegen Besitzanteile. In den neuen Eigentumsformen sind somit horizontal verschränkte Besitzverhältnisse mit vertikal verschachtelten Besitzverhältnissen verflochten.

Welche neue Eigentumsform wächst nun in Ungarn am schnellsten? Die im institutionellen Kreuzeigentum befindliche Satellitengesellschaft, mit gemischter Partnerschaft von öffentlichem und privatem Eigentum, ist gewiß ein aussichtsreicher Kandidat. Eine genaue Terminologie wird schwerfällig, aber sie reflektiert den komplexen, verflochtenen Charakter der Eigentumsbeziehungen in Ungarn: Die am schnellsten wachsende neue Eigentumsform ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung im Besitz anderer Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die sich im Besitz von Aktiengesellschaften, Banken und öffentlichen Großunternehmen befinden, welche der Staat besitzt (Voszka 1991b; Stark 1992).

### *Privatisierung als Etatisierung*

Eigentumselemente werden nicht nur von Akteuren auf der Unternehmensebene rekombiniert, sondern auch von den zentralen Behörden, die nominell für die Privatisierung verantwortlich sind. Das heißt, daß parallel zum Prozeß der Fragmentierung der per Mandat betriebene Prozeß der *Bildung von Gesellschaften* verläuft, durch den das ehemals staatseigene Unternehmen in eine Aktiengesellschaft oder eine andere Gesellschaftsform transformiert wird. Das sind die Holdings (RT), die auf der zweiten Zeile von Tabelle 1 erscheinen. Die Frage ist natürlich: Wer hält die Aktien? In fast allen Fällen liegt die weit überwiegende Mehrheit der Aktien dieser zu Körperschaften umgebildeten Firmen beim Amt für Staatseigentum (AfSE) oder der neugebildeten Treuhandanstalt für Staatsvermögen (THA). Während »staatseigenes Unternehmen« im Sozialismus den *juristischen* Besitz durch ein Staatsministerium (z.B. das Ministerium für Industrie) bedeutete, bringt die Gesellschaftsbildung im Postkommunismus den *Aktienbesitz* durch die eine oder die andere Behörde für staatliches Eigentum mit sich. In der ungarischen Transformation ist das rekombinierte Eigentum daher

nicht bloß eine Mischform, bei der (institutionelle oder individuelle) Privatbesitzer Mitgesellschafter neben dem Staat sind, sondern eine Form, in der auch die Natur und die Instrumente des staatlichen Besitzes einen Wandel durchlaufen.

Diese Körperschaftsbildung im Auftrag einer Privatisierungsbehörde hat im gegenwärtigen Kontext etliche Züge einer Re-Nationalisierung. Namentlich in Ungarn, wo die Manager in den 80er Jahren de facto Eigentümerrechte ausübten (in erster Linie residuale Kontrollrechte, in zweiter Linie Rechte über residuale Einkommensströme, aber im wesentlichen keine Verfügungsrechte), und in Polen, wo die Arbeiter in derselben Periode ähnliche Rechte genossen, *enthält die Körperschaftsbildung Bestrebungen zur Rezentralisierung*. Das heißt, daß das Eigentum zum Teil deswegen *quasi*-privat ist, weil sich die Staats-Eliten nicht die Wirtschaft entgleiten lassen wollen. Die Ironie dabei ist natürlich, daß gerade die für die Privatisierung zuständigen Behörden als Agenten der *Etatisierung* fungieren, indem sie die Instrumente zur Ausübung der Kontrolle durch Aktienanteile bereitstellen (Voszka 1992). Die Effizienz einer solchen zentralisierten Kontrolle variiert jedoch umgekehrt proportional zum Ausmaß und Grad der Direktintervention (die Zentralisierungsfälle ist in der Region bereits wohlbekannt). Neben dieser Zentralisierungstendenz stößt man daher zugleich auf Vorschläge zur *Privatisierung der Funktion der Vermögensverwaltung*. Solchen Programmen zufolge behielte der Staat (durch seine Eigentumsbehörden, das AfSE und die THA) das Recht, über das Eigentum zu verfügen, würde aber private Akteure (durch Auftragnehmer/Kommissionärs-Schemata verschiedener Art) dazu heranziehen, die Rechte der Behörde als Aktienbesitzer auszuüben.

Einige dieser Holdings sind also unzweideutig »öffentlich«, besonders wenn vorgesehen ist, daß sie als Unternehmen auf lange Sicht Staatseigentum bleiben sollen. Andere aber haben eine weit heterogenere Eigentumsstruktur, die sich in der stärker diversifizierten Zusammensetzung ihrer Verwaltungsräte spiegelt - mit Vertretern des AfSE, der THA, der staatseigenen Banken, der partiell staatseigenen Banken, der ausländischen Partner, der einheimischen Investoren, der Aktienbesitzer aus den Chefetagen und so weiter.

### *Zur tschechischen Variante des rekombinierten Eigentums*

Das vielgepriesene Voucher-Schema der Tschechischen Republik paßt scheinbar eher zu dem dualen Sektoren-Modell, das ich kritisiert habe. Durch den Transfer der staatlichen Unternehmensanteile mittels einer Voucher-Auktion förderten die tschechischen Politiker anscheinend eine Art

Volkskapitalismus mit Millionen von Bürgern als Investoren und einer klaren Scheidung von öffentlichem und privatem Eigentum. Einige Monate vor der ersten Welle rechnergestützter Auktionen waren jedoch erst einige hunderttausend Bürger in die Privatisierungs-Lotterie eingestiegen, indem sie 1.000 Kronen einzahlten, um die Investment-Punkte ihrer Voucherhefte registrieren zu lassen.<sup>9</sup> Das Problem der geringen Beteiligung wurde gelöst, als »Investmentfonds« (ein Hintergedanke im ursprünglichen Programm) anfangen, den Bürgern, die ihre Investment-Punkte überzeichneten, einen 1.000%igen Rückfluß zu versprechen, der ein Jahr und einen Tag nach der Überführung ihrer Punkte in Aktien zahlbar sein sollte. Die Tschechen und Slowaken reagierten gemäß den Jahren sozialistischer Bedingungen: Risiken scheuend, waren sie nicht darauf erpicht, am Investoren-Spiel teilzunehmen, aber sie konnten ein garantiertes Einkommen erkennen, wenn sie die Gelegenheit sahen: Millionen zeichneten.

Als Folge der Voucher-Privatisierung wurde zwar nicht der Kapitalismus, wohl aber Vaclav Klaus populär. Nur wenige Wochen, nachdem Millionen ihre Investment-Punkte validiert hatten, indem sie ihre Namen neben seinen Schriftzug (als Finanzminister) in ihren Voucher-Heften setzten, wurde Klaus zum Premierminister gewählt.<sup>10</sup> Das Ergebnis war allerdings kein Volkskapitalismus, sondern ein Finanzkapitalismus seltsamer Art. Nach der ersten Welle der Voucher-Privatisierung prunkten die neun größten Investmentfonds mit 48,5% aller investitionsfähigen Punkte, etwa 400 kleinere Investmentfonds kontrollierten etwa 23,4% der Punkte, die übrigen 28,1% wurden von individuellen Investoren gehalten.<sup>11</sup> Diese Investmentfonds sind obendrein nicht unzweideutig privat: Die Gründer von sieben der neun größten Fonds sind staatseigene Banken.

### *Implikationen des rekombinierten Eigentums*

Somit fand in der Tschechischen Republik wie auch in Ungarn (und in der gesamten Region) eine erhebliche Transformation des Eigentums statt - aber nur wenig davon brachte klare Abgrenzungen zwischen einem öffentlichen und einem privaten Bereich mit sich.<sup>12</sup> Die fundamentale analytische Frage, ist dabei nicht, wo die Grenzen des Privatsektors zu ziehen wären, sondern ob die postsozialistischen Gesellschaften in einem Zwei-Sektoren-Modell angemessen dargestellt werden können. Fast jeder analy-

9 Zu den Hauptzügen des Voucher-Auktionsprogramms s. Stark 1992a.

10 Zur Analyse der politischen Gewandtheit des Premierministers s. Rutland 1992.

11 Siehe *PlanEcon Report*, Vol. VIII, 31 December 1992, 8-9.

12 Zu einer vergleichbaren Sicht auf verwischte Abgrenzungen und verwobene Eigentumsbeziehungen in China s. Walder 1992.

tische Standpunkt und jede politische Position im Privatisierungsstreit teilt eine dualistische Darstellung von öffentlichem Sektor und Privatsektor. Ein solches Schema ist jedoch nicht nur unangemessen, sondern auch irreführend, und eine Politik, die sich darauf verläßt, wird zu verzerrten Ergebnissen führen. Dieser analytische Mangel kann nicht durch eine präzisere Abgrenzung zwischen Öffentlich und Privat behoben werden: Die alte Trennlinie zwischen den Eigentumsformen ist soweit erodiert, daß das, was vielleicht einmal eine Grenze war, zu einer Zone geworden ist. Wir brauchen neue Kategorien, um Wirtschaften zu verstehen, in denen der öffentliche und der private Sektor nicht klar getrennt, sondern verwoben sind.

Das schwerwiegendste Erbe des Staatssozialismus besteht vielleicht darin, daß unsere Vorstellungen von Eigentum just zu der Zeit, da politische und ökonomische Akteure versuchen, die Wirtschaft aus dem Griff des staatlichen Besitzes zu befreien, im wesentlichen marxistisch geblieben sind: wir suchen überall nach *dem Eigentümer*. Aber das Eigentum betrifft nicht nur Dinge, sondern auch die *Rechte, Dinge zu tun*. Darüber hinaus zeigen Entwicklungen in allen Industrieländern, wie Eigentum auf produktive Weise entflichtet werden kann, so daß verschiedene Akteure legitime Rechte auf verschiedene Eigenschaften ein und desselben Dings beanspruchen können. So gesehen läuft die Transformation von Eigentumsrechten darauf hinaus, die Beziehungen in einem breiten Spektrum von Akteuren neu auszuhandeln, um so um ihre Ansprüche auf *verschiedenartige Eigentumsrechte* zu regeln.

Wie schätzen wir diese Formen ein - werden sie zur Entwicklung beitragen oder werden sie sie blockieren? Nach der Standardliteratur zum Eigentumsrecht wären diese verschwommenen und schlecht definierten Eigentumsverhältnisse in ökonomischer Hinsicht eine offenkundige Belastung. Für die neue Schule der flexiblen Spezialisierung und der Beziehungsnetze (s. insbes. Sabel 1993) sind dagegen diese diffusen Abgrenzungen zumindest potentiell von Vorteil. Antworten wären jetzt verfrüht, aber die an die Forschung zu stellenden Fragen sind klar. Die hier beschriebenen Prozesse legen die Entstehung eines eigenartigen osteuropäischen Kapitalismus nahe, der von den westeuropäischen Kapitalismen ebenso verschieden sein wird wie die gegenwärtigen ostasiatischen Varianten.

#### **4. Eine Marktwirtschaft oder moderner Kapitalismus?**

Werden diese Bastellei, diese Metamorphose von Organisationsformen und diese Anpassung von sozialen Bindungen zu demokratischen Marktwirtschaften führen? Das läßt sich noch nicht sagen. Aber funktionierende Märkte kommen eher durch *trial and error* zustande, und neue Chancen

lassen sich eher wahrnehmen und nutzen, wenn die Transformationsprozesse dezentralisiert verlaufen, als wenn sie der Gesellschaft als Großexperiment aufgezwungen zu werden. Die wichtigere Frage ist, ob die weitestgehende Vermarktwirtschaftlichung aller Aspekte der Ökonomie das politische Ziel im gegenwärtigen Osteuropa sein sollte. Die Verfechter dieses Ziels leiden unter zwei analytischen Defiziten: *zum ersten* verwechseln sie ein mögliches Mittel mit dem Zweck; *zum zweiten* operieren sie in einem theoretischen Universum, in dem sich die Skala der Mechanismen zur Koordinierung moderner Wirtschaften auf die Dichotomie von »Staat vs. Markt« beschränkt. Sicher war es (zum ersten Punkt) ein Ziel der Vermarktwirtschaftlichung, die Produktionsprozesse zu modernisieren und die internationale Konkurrenzfähigkeit dieser lädierten Wirtschaften zu verbessern. Indessen (zum zweiten Punkt) gibt es - wofür mehrere Richtungen in der neueren politischen Ökonomie eintreten - Sektoren, in denen die konkurrenzfähigsten Formen ökonomischer Koordinierung *weder auf den Markt noch auf den Staat* zurückgehen. Es handelt sich dabei um neue Formen, deren alternative Funktionsweise wir erst zu verstehen und zu identifizieren beginnen (unter vorläufigen Titeln wie »Netzwerke«, »Allianzen«, »Abmachungen zwischen Firmen« und dergleichen mehr; siehe bes. Boyer 1991; Hollingsworth u.a. 1992; Powell 1990; Sabel 1993). Eine ausschließliche Politik durchgängiger Vermarktung in allen Sektoren würde daher die internationale Konkurrenzfähigkeit behindern.

Eine solche Tragödie ist solange wahrscheinlich, wie die theoretische Debatte in einer Optik befangen bleibt, die den Triumph des Kapitalismus mit dem Triumph des Marktes verwechselt und allein die »Marktrevolutionen« Reagans und Thatchers wahrnimmt, während die realen Siege den industriellen Reorganisationen in Deutschland und Japan zufielen, die weder marktförmig noch hierarchisch angelegt waren (siehe z.B. Nee 1993). Moderne kapitalistische Wirtschaften sollten nicht auf einen einzigen konstitutiven Faktor reduziert werden: Märkte sind nur ein Element aus einer Vielzahl koexistierender Koordinierungsmechanismen (Boyer 1991). Transformationsschemata, die ausschließlich auf einen einzigen Koordinierungsmechanismus zurückgreifen, wetteifern weniger mit dem existierenden Kapitalismus, als daß sie ein Echo der Implementierung des Staatssozialismus sind, und bergen wie dieser die Gefahr in sich, jene dynamische Effizienz und Flexibilität zu opfern, die von der Vielfalt der Organisationsformen abhängt.

Einer Sozialtheorie, die Komplexität nur als funktionale Differenzierung oder vorübergehendes Nebeneinander der widersprüchlichen Prinzipien sich überlappenden Systeme verarbeiten kann, wird diese Diversität organisatorischer Arrangements unstimmig erscheinen. Der Marxismus und die

Modernisierungstheorie sind gleichermaßen ungeeignet. Die osteuropäischen Transformationen unserer Zeit sind nicht nur ein Laboratorium, um vorhandene Theorien zu überprüfen, sondern bieten auch eine Gelegenheit, neue Theorien der Komplexität zu entwickeln, um gesellschaftlichen Wandel zu verstehen und zu erklären.

## Literatur

- Blachard, Oliver et.al. 1991: Reform in Eastern Europe, Cambridge, MA: MIT Press.
- Boyer, Robert 1991: Markets within Alternative Coordinating Mechanism: History, Theory, and Policy in the Light of the Nineties, Conference on the Comparative Governance of Sectors, Bigorio, Schweiz.
- Boyer, Robert/Orlean, André 1992: How Do Conventions Evolve?, *Journal of Evolutionary Economics*, 2: 165-177.
- Bunce, Valerie/Mária Csanadi 1992: A Systemic Analysis of a Non-System: Post-Communism in Eastern Europe, *Cornell Working Papers on the Transition from State Socialism* #92-5.
- Dabrowski, Janusz M. et. al. 1991: Polish State Enterprises and the Properties of Performance: Stabilization, Marketization, Privatization, *Politics and Society*, 19: 403-437.
- Durkheim, Emile 1897: *Le suicide. étude de sociologie*, Paris 1981.
- Frydman, Roman/Andrzej Rapaczynski 1991: Evolution and Design in the East European Transition, *Revista di Politica Economica*, November 1991: 63-103.
- Gábor, István 1979: The Second (Secondary) Economy, *Acta Oeconomica* 22 (3-4): 291-311.
- Gábor, István 1991: Private Entrepreneurship and Re-embourgeoisement in Hungary, *Society and Economy* (Budapest) 13: 122-133.
- Gábor, István 1992: A második gazdaság ma -- az átalakulás kérdőjelei (The second economy today) *Közgazdasági Szemle* 34: (October) 946-953.
- Grosfeld, Irena 1992: The Paradox of Transformation: An Evolutionary Case for Rapid Privatization, Ms., DELTA, Joint Research Unit CNRSEHESS-ENS, Paris.
- Hannan, Michael T./John H. Freeman 1986: Where Do Organizational Forms Come From?, *Sociological Forum* 1 (1): 50-72.
- Hannan, Michael T./John H. Freeman 1989: *Organizational Ecology*, Cambridge, MA.
- Kornai, János 1990: *The Road to a Free Economy*. New York: Norton.
- Kornai, János 1991: The Principles of Privatization in Eastern Europe, *De Economist*.
- Kornai, János 1992: The Post-Socialist Transition and the State: Reflections in the Light of Hungarian Fiscal Problems, *American Economic Review* 82(2): 1-21.
- Kovács, János Mátyás. 1992. "Engineers of the Transition: (Interventionist Temptations in Eastern European Economic Thought)." *Acta Oeconomica*, 44 (1-2): 37-52.
- Laky, Teréz 1992: Small and Medium-Size Enterprises in Hungary, *Report for the European Commission. Institute for Labour Studies*, Budapest.
- Levitas, Anthony 1992: The Trials and Tribulations of Property Reform in Poland: From State-Led to Firm-Led Privatization, 1989-1991, *Conference on the Political Economy of Privatization in Eastern Europe, Asia, and Latin America*, Brown University, April.
- McDermott, Gerald A. 1992: Reformulating Property Rights and Restructuring Firms in East-Central Europe: The Case of Czechoslovakia, Ms., Department of Political Science, MIT.
- Mellár, Tamás 1992: Two years of privatization, *Népszabadság*, May 22, 1992.
- Miródy, Mira 1992: Contradictions in the Subconscious of the Poles, in Stanislaw Gomulka/ Antony Polonsky (eds.) *Polish Paradoxes*, London.
- Móro, Mária 1990: As állami vállalatok (ál)privatizációja (Pseudo privatization of state companies), *Közgazdasági Szemle* 38 (6): 565-584.
- Murrell, Peter 1990: Big Bang Versus Evolution: Eastern European Economic Reforms in the Light of Recent Economic History, *PlanFcon Report*, VI (26) June 29, 1990.

- Murrell, Peter 1992a: Conservative Political Philosophy and the Strategy of Economic Transition, *East European Politics and Societies*, 6: 3-16.
- Murrell, Peter 1992b: Evolution in Economics and in the Economic Reform of the Centrally Planned Economies, in Christopher C. Clague/Gordon Rausser (eds.) *Emerging Market Economies in Eastern Europe*, Cambridge, MA: Basil Blackwell.
- Nee, Victor 1989: A Theory of Market Transition, *American Sociological Review* 54 (5): 663-681.
- Nee, Victor 1993: Sleeping with the Enemy: Why Communists Love the Market, *Theory and Society*, forthcoming.
- Nelson, Richard R./Sidney G. Winter 1982: *An Evolutionary Theory of Economic Change* Cambridge: CUP.
- Neumann, László 1991: Labour Conflicts of Privatization, *Acta Oeconomica* 43: 213-230.
- Peck, Merton J./Thomas J. Richardson (eds.) 1992: *What is To Be Done? Proposals for the Soviet Transition to the Market*, New Haven: Yale University Press.
- Powell, Walter/Paul DiMaggio (eds.) 1991: *The New Institutionalism in Organizational Analysis*, Chicago: University of Chicago Press.
- Rutland, Peter 1993: Thatcherism, Czech-style: Transition to Capitalism in the Czech Republic, *Telos*, No. 94, Winter: 103-129.
- Sabel, Charles 1993: Constitutional Ordering in Historical Perspective, in Scharpf, Fritz W. (ed.): *Games in Hierarchies and Networks*, Boulder, Col: Westview Press.
- Sachs, Jeffrey 1989: My Plan for Poland, *The International Economy* 3 (December): 24-29.
- Schumpeter, Joseph A. 1934: *The Theory of Economic Development*, Cambridge, Mass.
- Sik, Endre. 1992: From Second Economy to Informal Economy, *Studies in Public Policy*, #210, Glasgow: Centre for the Study of Public Policy.
- Stark, David 1986: Rethinking Internal Labor Markets: New Insights from a Comparative Perspective, *American Sociological Review* 51: 492-504.
- Stark, David 1990a: Bending the Bars of the Iron Cage: Bureaucratization and Informalization under Capitalism and Socialism, *Sociological Forum*, 4:637-664.
- Stark, David 1990b: Privatization in Hungary: From Plan to Market or From Plan to Clan? *East European Politics and Societies* 4:351-392.
- Stark, David 1992: Path Dependence and Privatization Strategies in East Central Europe, *East European Politics and Societies* 6:17-51.
- Stark, David 1989: Coexisting Organizational Forms in Hungary's Emerging Mixed Economy, in Nee/Stark (ed.): *Remaking the Economic Institutions of Socialism: China and Eastern Europe*, Stanford: Stanford University Press.
- Voszka, Éva 1990: Ropewalking: Ganz Danubius Ship and Crane Factory Transformed in a Company, *Acta Oeconomica* 43 (1/2): 285-302.
- Voszka, Éva 1991a: Tulajdon-reform (Property - Reform), Budapest: Pénzügykutató Rt.
- Voszka, Éva 1991b: Homályból homályba. A tulajdonosi szerkezet a nagyiparban" (From Twilight to Twilight: Property changes in large industry), *Társadalmi Szemle*, no. 5, 3-12.
- Voszka, Éva 1992a: Escaping from the State, Escaping to the State, Paper presented at the Arne Ryde Symposium on the "Transition Problem", Rungsted, Denmark, June.
- Voszka, Éva 1992b: Az ellenkezője sem igaz: a központosítás és a decentralizáció szinevaltozatsai (The contrary is untrue as well: changes of centralization and decentralization) *Kul-gazdaság*, Vol. 36, no. 6.
- Wacquant, Loic J.D. 1993: Solidarity, Morality and Sociology: Durkheim and the Crisis of European Society, *The Journal of the Society for Social Research*, 1: 1-7.
- Walder, Andrew 1992: Corporate Organization and Local State Property Rights: The Chinese Alternative to Privatization, Paper presented at the *Conference on the Political Economy of Privatization in Eastern Europe, Asia, and Latin America*, Brown University, April.
- Webster, Leila 1992: Private Sector Manufacturing in Hungary: A Survey of Firms, World Bank, Industry Development Division.